

Bewerberhinweise / Teilnahmebedingungen

Der Auftrag wird im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gem. §§ 14 Abs. 3 i.V.m. 17 VgV vergeben.

Bei einem Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb fordert der öffentliche Auftraggeber eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen auf. Jedes interessierte Unternehmen kann einen Teilnahmeantrag abgeben. Mit dem Teilnahmeantrag übermitteln die Unternehmen die vom öffentlichen Auftraggeber geforderten Informationen für die Prüfung ihrer Eignung. Nur diejenigen Unternehmen, die vom öffentlichen Auftraggeber nach Prüfung der übermittelten Informationen dazu aufgefordert werden, können ein Erstangebot einreichen. Der öffentliche Auftraggeber kann die Zahl geeigneter Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, gemäß § 51 VgV begrenzen. Der öffentliche Auftraggeber verhandelt mit den Bietern über die von ihnen eingereichten Erstangebote und alle Folgeangebote, mit Ausnahme der endgültigen Angebote, mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern. Dabei darf über den gesamten Angebotsinhalt verhandelt werden mit Ausnahme der vom öffentlichen Auftraggeber in den Vergabeunterlagen festgelegten Mindestanforderungen und Zuschlagskriterien (§ 17 Abs. 1, 4 u. 10 VgV).

Damit liegt mit dem Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb ein zweistufiges Verfahren vor: Teilnahmewettbewerb (1. Verfahrensstufe) mit nachfolgendem Angebots- und Verhandlungsverfahren (2. Verfahrensstufe).

Diese Teilnahmebedingungen gelten – vorbehaltlich etwaiger Änderungen im weiteren Verlauf des Verfahrens – für das gesamte Vergabeverfahren, soweit sie sich nicht ausdrücklich auf den Teilnahmewettbewerb, d.h. auf das Verfahren zur Ermittlung der geeigneten und zur Abgabe eines Erstangebots aufzufordernden Bewerber, beschränken.

Für die Verhandlungsphase gelten zusätzlich die Bewerbungsbedingungen. Diese werden denjenigen Bewerbern/ Bietern zur Verfügung gestellt, welche durch die Auftraggeberin in die 2. Verfahrensstufe in das Verhandlungsverfahren eingeladen werden.

Bedingungen für das Vergabeverfahren

I. Gegenstand der Ausschreibung

1.1 Gegenstand des Vergabeverfahrens AOK SAN 2026 – 0012 ist der Abschluss eines Vertrages über Erbringung von Leistungen für den Betrieb, die Wartung und die kontinuierliche Weiterentwicklung der Plattform www.deine-gesundheitswelt.de (DGW).

1.2 Der Auftraggeber behält sich vor, das Vergabeverfahren aufzuheben; er unterliegt keinem Kontrahierungszwang. Auf § 63 VgV wird verwiesen. Eine Aufteilung in Lose erfolgt nicht.

1.3 Wenn im Folgenden von Bietern/Bewerbern die Rede ist, sind Bieter- / Berggemeinschaften ebenfalls gemeint, es sei denn, Unterschiede zwischen Bietern/Bewerbern und Bieter-/ Berggemeinschaften werden ausdrücklich angesprochen.

II. Rahmenbedingungen der Ausschreibung

1. Auftraggeber/Ansprechpartner

Die AOK Sachsen-Anhalt führt das Vergabeverfahren durch.

Anschrift:

AOK Sachsen-Anhalt

0.7.5 FB Justizariat/ Vergabestelle

Lüneburger Str. 4

39106 Magdeburg

Ansprechpartnerin bei der AOK Sachsen-Anhalt während des Vergabeverfahrens ist:

Frau Katja Wartenberg

Tel.: 0391 2878-45327

Fax.: 0391 2878-845327

E-Mail: katja.wartenberg@san.aok.de

Auskünfte und Antworten anderer Stellen sowie Auskünfte und Antworten, die außerhalb des dafür vorgesehen Verfahrens (III.2.2) gegeben werden, sind nicht verbindlich.

2. Vertraulichkeit, Datenschutz

a) Die Vergabeunterlagen und alle Informationen, die die interessierten Unternehmen im Rahmen des Vergabeverfahrens erhalten, sind vertraulich zu behandeln. Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Teilnahmeantrages bzw. eines Angebotes und ggf. zur Erfüllung des Auftrages

verwendet werden. Jede Nutzung für andere Zwecke ist untersagt. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung der Auftraggeberin zulässig. Wird kein Angebot abgegeben, so sind alle Vergabeunterlagen in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

b) Im Falle des Einsatzes von Drittunternehmen und Unterauftragnehmern gelten diese Bestimmungen entsprechend.

c) Die Auftraggeberin behandelt die eingehenden Teilnahmeanträge, Angebotsunterlagen und die dazugehörigen Unterlagen, einschließlich der Eignungsnachweise, vertraulich und verwahrt sie sorgfältig. Die von den interessierten Unternehmen erbetenen Angaben (auch solche mit Personenbezug) werden für die Zwecke des Vergabeverfahrens und – im Zuschlagsfall – für die Zwecke der Vertragsdurchführung verarbeitet und gespeichert.

d) Grundsätzlich gilt, dass Bewerber / Bieter keine besonderen Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zur Verfügung stellen sollen, da die vorliegenden Zwecke nicht erforderlich sind. Zur gesetzlich vorgeschriebenen Dokumentation der Verfahren nach § 6 Abs. 2 der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) bzw. § 8 Abs. 4 der Vergabeverordnung (VgV) werden jedoch auch diese Angebote streng unter Verschluss für drei Jahre ab Erteilung des Zuschlags aufbewahrt und dann mit einer Umsetzungsfrist von einem Monat gelöscht bzw. vernichtet.

e) Grundsätzlich gilt ferner, dass Interessenten / Bieter dafür Sorge zu tragen und sicher zu stellen haben, dass die von ihnen in Angeboten übermittelten personenbezogenen Daten für die Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens, der Verfahrensdokumentation sowie der eventuellen Auftragsausführung und daraus resultierender Aufbewahrungspflichten vom Auftraggeber vollumfänglich genutzt werden können.

Zur Bestätigung ist die ausgefüllte und unterschriebene „Erklärung zum Datenschutz im Vergabeverfahren“ als Teil 6 der „Eigenerklärung Gesamt“ mit dem Angebot einzureichen.

Zulässige Kategorien personenbezogener Daten (Namen, Adressdaten, Lebensläufe etc.), die der Auftraggeberin im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellt werden, werden zu folgenden Zwecken mit den nachfolgend dargestellten weiteren Eigenschaften verarbeitet:

aa) Erster Zweck ist die Durchführung des Vergabeverfahrens inklusive dessen gesetzlich vorgeschriebener Dokumentation. Dies betrifft im Wesentlichen die Kommunikation im Verfahren, die Eignungsprüfung sowie die Angebotswertung. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung für diesen

Zweck ist die Erforderlichkeit zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen auf Anfrage der betroffenen Person nach Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Die Kategorien der Datenerhebung richten sich hierbei nach den Bedingungen dieser Vergabeunterlagen und eventuell von Bieterinnen und Bietern freiwillig zusätzlich übermittelten personenbezogenen Daten. Diesem Zweck innewohnend ist durch die Vorschriften aus § 6 Abs. 2 UVgO bzw. § 8 Abs. 4 VgV die rechtliche Verpflichtung der Auftraggeberin zur Dokumentation des Verfahrens. Die zu diesen Zwecken erhobenen und verarbeiteten Daten werden für drei Jahre ab Erteilung des Zuschlags aufbewahrt und dann mit einer Umsetzungsfrist von einem Monat gelöscht bzw. vernichtet.

bb) Zweiter Zweck ist optional die Speicherung des Angebots für maximal 10 Jahre, um den Bewerber / Bietern bei möglichen künftigen Verhandlungsvergabeverfahren oder Direktvergaben als einen von mindestens drei geeigneten möglichen Bietern zur Angebotsabgabe in passenden Verfahren aufzufordern. Rechtsgrundlage für diese Verarbeitung ist die Einwilligung der betroffenen Person nach § 6 Abs. 1 lit. a DSGVO. Die Kategorien der Datenverarbeitung für diesen Zweck entsprechen denen des ersten Zwecks. Die Zustimmung kann über „Erklärung zum Datenschutz im Vergabeverfahren“ erteilt und jederzeit widerrufen werden.

cc) Dritter Zweck im Falle eines erfolgreichen Angebots ist die Begleitung der Auftragsausführung durch die Auftraggeberin. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung für diesen Zweck ist die Erforderlichkeit zur Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist nach Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Die Kategorien der Datenerhebung richten sich hierbei nach den Bedingungen dieser Vergabeunterlagen und eventuell von Bieterinnen und Bietern freiwillig zusätzlich übermittelten personenbezogenen Daten. Die Löschung von für diesen Zweck erhobenen personenbezogenen Daten erfolgt mit einem Monat Umsetzungsfrist nach Ablauf der Vertragslaufzeit des mit dem Auftragnehmer geschlossenen Vertrags.

f). Alle von der Datenverarbeitung für o. g. Zwecke Betroffene genießen ein Recht auf Auskunft über die sie betreffenden personenbezogenen Daten (vgl. Art 15 DSGVO) sowie auf deren Berichtigung (vgl. Art 16 DSGVO) oder deren Löschung (vgl. Art 17 DSGVO) oder auf Einschränkung der Verarbeitung (vgl. Art 18 DSGVO) oder ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (vgl. Art 13 Abs. 2 lit. c DSGVO) sowie ein Recht auf Datenübertragbarkeit (vgl. Art 20 DSGVO). Um diese Rechte geltend zu machen, wenden Sie sich bitte an:

AOK Sachsen-Anhalt, Lüneburger Straße 4, 39106 Magdeburg,
Telefon-Nr. 0800/226 57 26,
Datenschutz@san.aok.de, www.san.aok.de

Haben Sie Fragen oder sind Sie der Ansicht, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Datenschutzbeauftragten der Auftraggeberin zu wenden. Den Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter:

AOK Sachsen-Anhalt
Beauftragter für den Datenschutz
39084 Magdeburg
Telefon-Nr. 0800/ 226 57 26 oder unter Datenschutz@san.aok.de
oder unter Datenschutz@san.aok.de

Sie haben weiter das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. Die Anschrift der für die Auftraggeberin zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz Sachsen-Anhalt
Postfach 19 47
39009 Magdeburg

III. Verfahren

1. Verfahrensart

Die Ausschreibung erfolgt im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (§§ 14 Abs. 3; 17 VgV).

Das Vergabeverfahren wird elektronisch durchgeführt. Die Auftraggeberin bedient sich zu diesem Zweck einer elektronischen **Vergabeplattform** des Anbieters Deutsches Vergabeportal GmbH (DTVP). Die Vergabeplattform ist frei und kostenlos zugänglich unter folgender Internetadresse aufrufbar:

www.dtvp.de

Der direkte Link zu den Vergabeunterlagen ist in der Auftragsbekanntmachung angegeben.

Nähere Informationen zur Nutzung der Vergabeplattform, insbesondere zur Einreichung von Teilnahmeunterlagen enthält Ziffer III.5 dieser Bewerberhinweise sowie das Dokument „Hinweise zur Abgabe des Teilnahmeantrags“.

2. Unklarheiten in den Vergabeunterlagen, Anfragen

2.1. Die interessierten Unternehmer werden aufgefordert, die Vergabeunterlagen anhand des folgenden Inhaltsverzeichnisses unverzüglich nach Erhalt auf Vollständigkeit und auf etwaige Unklarheiten zu überprüfen. Fehlen darin aufgeführte Unterlagen, so hat der Bieter unverzüglich die Auftraggeberin vor Abgabe des Teilnahmeantrags / Angebotsabgabe über die Bieterkommunikation des durch die Auftraggeberin genutzten Vergabeportals **www.dtvp.de** darauf hinzuweisen.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmers unklare Regelungen oder werfen sie Fragen auf, die die Erstellung des Teilnahmeantrags / Angebotes oder die Preisermittlung beeinflussen können, so ist die Auftraggeberin in der unter III 2.2) beschriebenen Form unverzüglich hierauf hinzuweisen.

Auf die Frist zur Übermittlung von Fragen zum Verfahren gemäß Ziffer 3. sowie auf die gesetzliche Rügeobliegenheit des § 160 Abs. 3 GWB wird ausdrücklich hingewiesen.

Inhaltsverzeichnis:

- Aufforderung zur Angebotsabgabe mit Teilnahmeantrag
- Bewerberhinweise / Teilnahmebedingungen
- Leistungsbeschreibung
- SLAs
- Anlage Eigenerklärungen Gesamt über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
- Anlage TN 1 – Fragenkatalog Eignung
- Anlage TNE 1 – Eigenerklärung Referenzen
- Nachunternehmerverzeichnis / Verpflichtungserklärung

2.2. Fragen und Hinweise zu den Vergabeunterlagen und zum Gegenstand des Auftrags sind von Rügen deutlich zu trennen. Fragen, Hinweise und Rügen sind auf elektronischem Wege mittels der Bieterkommunikation über das Vergabeportal **www.dtv.de** an die Auftraggeberin zu richten. Sie sind in deutscher Sprache zu formulieren. Rechtzeitig gestellte Fragen werden bis spätestens 6 Tage vor Ablauf der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags / Angebotsfrist beantwortet. Die Identität des Fragestellers wird dabei nicht offenbart. Die Auftraggeberin behält sich vor, Fragen so umzuformulieren, dass die Identität des Fragestellers nicht erkennbar wird. Die Unternehmer werden jedoch gebeten, bei der Formulierung der Fragen von vornherein zu berücksichtigen, dass diese zusammen mit den Antworten allen interessierten Unternehmern zur Verfügung gestellt werden. Telefonische Anfragen werden aus Gründen der Gleichbehandlung nicht beantwortet.

Antworten werden über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform **www.dtvp.de** zur Verfügung gestellt. Unternehmen, welche sich für das Vergabeverfahren registriert haben (vgl. auch Ziffer 5), werden daher automatisch über neue Nachrichten der Vergabestelle informiert (z.B. Bewerberfragen/Antworten/Nachinformationen). Es wird daher empfohlen, sich zu registrieren.

Unternehmen, welche die Vergabeunterlagen ohne Registrierung heruntergeladen haben, haben in eigener Verantwortung die weitere Kommunikation der Auftraggeberin zu verfolgen. Dazu werden im Kommunikationsbereich unter der jeweiligen Ausschreibung Frage-/Antwortlisten (Nachinformationen) jeweils aktuell hinterlegt, die der Bieter ohne Registrierung einsehen kann und die er dort selbstständig herunterladen muss. Wir weisen darauf hin, dass der Bieter insoweit verpflichtet ist, sich regelmäßig zu informieren und die entsprechenden Informationen abzurufen.

Auf die Regelungen des § 20 Abs. 3 VgV wird hingewiesen.

3. Termine im Teilnahmewettbewerb

Die Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge endet am 29.06.2026, 10:00 Uhr.

Teilnahmeanträge, die verspätet eingereicht werden, werden ausgeschlossen, es sei denn, der verspätete Eingang wurde nachweislich durch Umstände verursacht, die der Bewerber nicht zu vertreten hat.

Weiterhin sind nachfolgend aufgeführte Termine zu beachten:

Ende der Frist zur Übermittlung von Fragen zum Verfahren	19.06.2026, 12:00 Uhr
Ende der Auskunftserteilung	22.06.2026
Ende der Teilnahmefrist	29.06.2026, 10:00 Uhr

4. Form und Bestandteile der Angebote

4.1. Der Teilnahmeantrag ist in deutscher Sprache abzufassen.

4.2. Für den Teilnahmeantrag sind die von der Auftraggeberin übersandten Vordrucke zu verwenden. Auf anderem Wege als elektronisch über das Vergabeportal **www.dtvp.de** übermittelte Anträge, insbesondere solche per Telefax, E-Mail oder Fernschreiben, sind nicht zulässig und werden ausgeschlossen. Ebenso unzulässig und unbeachtlich ist eine Rücknahme oder Änderung eines Teilnahmeantrags per Telefax, E-Mail oder Fernschreiben.

Hinweise zur elektronische Abgabe der Teilnahmeanträge

Jeder Teilnahmeantrag muss zwingend aus mindestens den folgenden Bestandteilen bestehen, die in elektronischer Form als .pdf-Datei über die Vergabeplattform **www.dtvp.de** einzureichen sind:

- ausgefüllter und (handschriftlich) unterzeichneter oder elektronisch signierter Teilnahmeantrag als .pdf-Datei,
- Eignungsnachweise gemäß Ziffer III.5.

4.3 Für die Abgabe der elektronischen Teilnahmeanträge müssen sich die Bewerber auf **www.dtvp.de** registrieren. Dies ist kostenfrei möglich. Das cosinex-Bietertool finden Sie während der 1. Verfahrensstufe (Teilnahmewettbewerb) in Ihrem Nutzerbereich auf der Vergabeplattform unter der Bezeichnung „Teilnahmeanträge“. Ihren Nutzerbereich als Bieter können Sie nach der kostenlosen Registrierung auf der Vergabeplattform erreichen. Bitte beachten Sie, dass an die bei der Registrierung des Unternehmens hinterlegte E-Mail-Adresse die gesamte Kommunikation des Vergabeverfahrens erfolgt.

Die Abgabe elektronischer Angebote und Teilnahmeanträge erfolgt über die Installationen des Vergabemarktplatzes mit dem so genannten Bietertool. Um dieses ausführen zu können, benötigen interessierte Unternehmen das Programm: „Java SE Runtime Environment“. Auf <https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Informationen> besteht die Möglichkeit, kostenlos das erforderliche Java-Programm zu downloaden. Auch erhalten interessierte Unternehmen unter dem genannten Link weitere Informationen zu weiteren Themen.

Sollten Sie Hilfe in Bezug auf die Vergabeplattform **www.dtvp.de** Hilfe benötigen, steht Ihnen der Support der cosinex GmbH unter

<https://www.cosinex.de/> bzw. der Rufnummer **0234/29879611**

zur Verfügung.

4.4 Für die Antragsabgabe werden die einschlägigen Datenverarbeitungswerkzeuge benötigt: Computer, Internetverbindung, aktueller Internetbrowser, ggf. Drucker & Scanner. Zu den grundsätzlich erforderlichen technischen Voraussetzungen zur Installation und zum Start des cosinex-Bietertools gehören neben der Verwendung einer aktuellen Version eines Internetbrowsers

(Internet Explorer, Mozilla Firefox, Google Chrome oder Apple Safari) insbesondere Administrator-Rechte für das Betriebssystem des zur Erstellung des Teilnahmeantrags bzw. zu dessen Abgabe verwendeten Rechners.

4.5 Alle Antragsbestandteile sind vollständig auszufüllen, auszudrucken und – soweit vorgesehen – mit Unterschrift und Firmenstempel zu versehen und anschließend eingescannt über **www.dtv.de** einzureichen oder elektronisch signiert hochzuladen.

Bitte beachten Sie, dass Vergabeunterlagen, welche den interessierten Unternehmen als Word- und/oder Excel-Dokumente zur Verfügung gestellt werden, lediglich als Ausfüllhilfe dienen. Interessierte Unternehmen, die beabsichtigen einen Teilnahmeantrag abzugeben, haben ihrerseits alle Antragsbestandteile so einzureichen, dass sie nachträglich nicht veränderbar sind. Damit sind Antragsbestandteile welche z.B. als Word- oder Excel-Dateien zur Verfügung gestellt werden, in diesem Format nicht Bestandteil des Teilnahmeantrags, sondern dienen als Arbeitserleichterung beim Umgang mit den Anträgen. Diese Dateien sind zusätzlich als .pdf-Dokument einzureichen, um Bestandteil des Antrags zu sein.

Dateinamen sowie Unterordner sollten sich am Original orientieren, dürfen keine Umlaute oder Sonderzeichen enthalten.

4.6 Der Bieter kann seinen elektronischen Teilnahmeantrag nur bis zum Ablauf der Teilnahmefrist und unter Nutzung der Vergabeplattform **www.dtv.de** zurückziehen oder austauschen. Eine Rücknahme oder Änderung eines Teilnahmeantrags per Telefax, E-Mail oder in Schriftform per Post ist nicht möglich. Nachträgliche Berichtigungen oder Änderungen des Teilnahmeantrags nach Ablauf der Teilnahmefrist sind ausgeschlossen.

Auf die Ausschlussgründe der §§ 123, 124 GWB, 57 VgV wird hingewiesen.

4.7 Gibt der Bieter zwei oder mehrere Teilnahmeanträge zu unterschiedlichen Zeiten ab, so wird der zuletzt eingereichte Antrag gewertet.

5. Mit dem Teilnahmeantrag einzureichende Unterlagen

Der Teilnahmeantrag muss vollständig und gemäß den Vorgaben unterzeichnet sein sowie alle geforderten Nachweise, Erklärungen und Bescheinigungen gemäß der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen enthalten.

- a. **Unterzeichneter/signierter Teilnahmeantrag**
- b. Ausgefüllte und unterzeichnete **Eigenerklärungen Gesamt über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen**
- c. Ausgefüllte und gezeichnete **Anlage TN 1 – Fragenkatalog Eignung**
- d. Ausgefüllte und gezeichnete **Anlage TNE 1 – Eigenerklärung Referenzen**
- e. **Nachunternehmerverzeichnis und Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers** (im Falle des Einsatzes von Nachunternehmern)
- f. Einfacher **Ausdruck aus dem Berufs- oder Handelsregister** (Erstellungsdatum nicht vor dem 28.02.2026) Bei Nichtvorliegen eines HR-Auszugs aufgrund der Unternehmensform, ist ein gleichwertiger Nachweis herzureichen (z.B. Gewerbeanmeldung). Ausländische Bewerber haben einen entsprechenden Ausdruck/Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem sie ansässig sind, vorzulegen.

6. Nachforderung von Nachweisen

Jeder geforderte, aber nicht oder nicht fristgerecht erbrachte Nachweis kann – je nach Stand des Verfahrens – zum Ausschluss des Teilnahmeantrags oder des Angebots des betroffenen Bewerbers/Bieters führen. Es wird auf § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV verwiesen.

Ob und inwieweit die Auftraggeberin von der Möglichkeit zur Nachforderung nach § 56 Abs. 2, 3 VgV Gebrauch machen wird, wird nach Ablauf der Teilnahmefrist entschieden werden. Ein Anspruch auf Einräumung einer Nachreichungsmöglichkeit besteht nicht.

7. Unzulässigkeit von Änderungen

Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss des Teilnahmeantrags.

Die Beifügung, Darstellung oder der Hinweis auf eigene Allgemeine Geschäftsbedingungen wird als Abänderung der Vergabeunterlagen gewertet und führt zum Ausschluss des jeweiligen Angebotes, es sei denn, dass der Bieter gesondert erklärt, sie nicht zum Gegenstand seines Angebots zu machen.

Es wird zudem darauf hingewiesen, dass beigelegte Unterlagen/Prospekte o. ä. keine dem Angebot widersprechenden Angaben enthalten dürfen.

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen und Streichungen müssen zweifelsfrei sein.

8. Vergütung für die Bearbeitung der Angebote

Für die Erstellung der Teilnahmeanträge wird keine Vergütung und keine Kostenerstattung gewährt.

9. Bietergemeinschaften

a) Bewerber-/Bietergemeinschaften (im Folgenden vereinfachend nur als „Bietergemeinschaft(en)“ bezeichnet) sind grundsätzlich zugelassen und einzelnen Bewerbern/Bietern gleichgestellt, soweit nicht in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen gesonderte Bestimmungen für Bietergemeinschaften getroffen werden.

b) Bietergemeinschaften haben die für sie geltenden Rechtsvorschriften, insbesondere das Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen gemäß § 1 GWB und Art. 101 AEUV, zu beachten. Teilnahmeanträge und Angebote von Bewerbern/Bietern, die in Bezug auf die Vergabe eine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen haben, können gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB aus der Wertung ausgeschlossen werden.

Nach der Spruchpraxis der Vergabenachprüfungsinstanzen, insbesondere des OLG Düsseldorf, verstößt die Eingehung einer Bietergemeinschaft jedenfalls dann nicht gegen § 1 GWB und Art. 101 AEUV, wenn

- die Mitglieder der Bietergemeinschaft hinsichtlich der relevanten Ausschreibungsmärkte schon nicht zueinander in einem potentiellen Wettbewerbsverhältnis stehen

oder

- mindestens ein Mitglied der Bietergemeinschaft aufgrund seiner betrieblichen oder geschäftlichen Verhältnisse (mit Blick auf Kapazitäten, technische Einrichtungen und/oder fachliche Kenntnisse) allein für sich nicht zu

einer erfolgsversprechenden Teilnahme an der Ausschreibung mit einem eigenständigen Angebot hinreichend leistungsfähig ist und erst der Zusammenschluss zu einer Bietergemeinschaft dieses Mitglied der Bietergemeinschaft in die Lage versetzt, ein erfolgsversprechendes Angebot abzugeben und sich die Beteiligung an der Bietergemeinschaft für jedes ihrer Mitglieder als eine im Rahmen wirtschaftlich zweckmäßigen und kaufmännisch vernünftigen Handelns liegende Unternehmensentscheidung darstellt (vgl. nur OLG Düsseldorf, Beschlüsse vom 9. November 2011 – VII-Verg 35/11, vom 11. November 2011/21. März 2012 – VII-Verg 92/11, vom 17. Februar 2014 – VII-Verg 2/14 sowie vom 8. Juni 2016 – VII-Verg 3/16 und vom 17. Januar 2018 – VII-Verg 39/17 jeweils m.w.N.).

Die Klärung der (wettbewerbs- bzw. kartellrechtlichen) Frage, ob die Bildung der Bietergemeinschaft rechtlich zulässig ist, obliegt den Bietergemeinschaftsmitgliedern. Die Auftraggeberin ist nicht berechtigt, verbindliche Regeln darüber aufzustellen, unter welchen Tatbestandsvoraussetzungen und wann die Eingehung einer Bietergemeinschaft als ein Kartellrechtsverstoß anzusehen ist oder nicht. Über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Bietergemeinschaften sowie von

Wettbewerbseinschränkungen hat das Gesetz entschieden und haben durch eine Anwendung auf den Einzelfall letztlich die Kartellgerichte und gegebenenfalls die Vergabenachprüfungsinstanzen zu befinden.

c) Die Bietergemeinschaften haben bereits im Teilnahmeantrag, der von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft mit einer Unterschrift zu versehen ist, eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen.

d) Hinsichtlich der von der Bietergemeinschaft und den einzelnen Mitgliedern zu erbringenden Eignungsnachweisen ist zu beachten:

Sämtliche oben unter IV.2 genannten Eignungsnachweise sind für jedes Bietergemeinschaftsmitglied gesondert mit dem Teilnahmeantrag innerhalb der Teilnahmefrist einzureichen. Die Mindestanforderungen müssen dabei nur kumulativ für die Bietergemeinschaft insgesamt erfüllt sein. Zudem bedarf es der Eigenerklärung zur Zulässigkeit der Eingehung einer Bietergemeinschaft nach näherer Maßgabe des Abschnitts III.10b.

e) Bereits an dieser Stelle wird im Hinblick auf die Abgabe von (Erst-)Angeboten durch Bietergemeinschaften darüber hinaus auf Folgendes hingewiesen:

Bietergemeinschaften haften im Zuschlagsfall gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der vertraglichen Pflichten.

Auf Grund des Gebots des Geheimwettbewerbs können Mitglieder einer Bietergemeinschaft, wenn sie als solche ein Angebot abgegeben haben, nur dann zugleich auch als einzelner Bieter oder als Mitglied einer anderen Bietergemeinschaft an der Ausschreibung teilnehmen (und umgekehrt), wenn sie mit dem Angebot jeweils nachweisen, „dass ihre Angebote jeweils völlig unabhängig voneinander formuliert worden sind und folglich eine Gefahr einer Beeinflussung des [Geheim-]Wettbewerbs unter Bietern nicht besteht“ (EuGH, Urt. v. 23. Dezember 2009 – Rs. C-376/08). Wird dieser Nachweis nicht zur Überzeugung der Auftraggeberin erbracht, sind alle betroffenen Angebote auszuschließen. Bieter, die als Mitglied einer Bietergemeinschaft und als Einzelbieter teilnehmen, dürfen nicht darauf vertrauen, dass ihnen dieser Nachweis gelingt. Er dürfte praktisch nur sehr schwer zu führen sein. Vorsorglich wird klargestellt, dass das Gebot des

Geheimwettbewerbs selbstverständlich generell gilt (nicht nur im Zusammenhang mit Doppelbewerbungen als Bieter und Bietergemeinschaftsmitglied oder im Zusammenhang mit verbundenen Unternehmen).

10. Nachunternehmer / Eignungsleihe

a) Die Einschaltung von Nachunternehmen ist zulässig. Beabsichtigt der Bewerber, Teile der Leistung von Nachunternehmern unmittelbar ausführen zu lassen, muss er in seinem Antrag Art und Umfang der durch Nachunternehmer auszuführenden Leistungen angeben und die vorgesehenen Nachunternehmer benennen. Die Beschreibung der Teilleistungen einzelner Nachunternehmer ist in dem Formblatt „Nachunternehmerverzeichnis“ entsprechend aufzuführen. Als Nachunternehmer ist nur zu benennen, wer unmittelbar mit der Erbringung von Leistungen für die Auftraggeberin beauftragt wird. Nachunternehmer, die der Bieter zur Ausübung seines Geschäftsbetriebs üblicherweise und unabhängig von seiner Leistung für die Auftraggeberin benötigt, sind nicht gesondert aufzuführen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei unwesentlichen Teilleistungen oder solchen Teilleistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet ist (§ 4 Nr. 4 VOL/B). Unwesentliche Teilleistungen sind die Übertragung von Post- und Versandleistungen.

b) Soweit der Bewerber zum Nachweis seiner eigenen Leistungsfähigkeit auf Nachunternehmer verweist, sind die Nachunternehmer grundsätzlich bereits in der Nachunternehmererklärung zu benennen. Außerdem muss der Bewerber in diesem Fall mit dem Antrag belegen, dass er auf die erforderlichen Mittel der Nachunternehmer im Zeitpunkt der Auftragserfüllung tatsächlich zugreifen kann. Das gilt auch in Bezug auf solche Unternehmen, die mit dem Bieter/Bewerber/den Mitgliedern der Bieter-/Bewerbergemeinschaft in einem Konzern verbunden sind. Der Nachweis der tatsächlichen Zugriffsmöglichkeit kann durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers (§ 47 Abs. 1, S. 1 VgV) erfolgen, in welcher sich dieser unwiderruflich verpflichtet, dem Bewerber die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, falls der Bewerber Vertragspartner der Auftraggeberin wird. Hierfür ist das beiliegende Formular zu verwenden.

c) Will der Bieter zum Nachweis seiner eigenen Leistungsfähigkeit auf Nachunternehmer verweisen, kann er diese jedoch entgegen dem im vorstehenden Absatz formulierten Grundsatz zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist noch nicht benennen und/oder kann er den Nachweis der tatsächlichen Zugriffsmöglichkeit auf den/die Nachunternehmer zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorlegen, genügt es ausnahmsweise, wenn der Bewerber / Bieter mit dem Angebot die Absicht angibt, zum Nachweis seiner/ihrer eigenen Leistungsfähigkeit auf Nachunternehmer verweisen zu

wollen. Eine Benennung des/der Nachunternehmer/s sowie der Nachweis der tatsächlichen Zugriffsmöglichkeit auf ihn/sie müssen in diesem Fall jedoch rechtzeitig vor Zuschlagserteilung erfolgen. Die Auftraggeberin wird hierzu den/die für die Zuschlagserteilung in Betracht kommenden Bewerber / Bieter, wenn er/sie im Angebot lediglich die Absicht angegeben hat, zum Nachweis seiner/ihrer Eignung auf Nachunternehmer verweisen zu wollen, rechtzeitig vor Zuschlagserteilung zur Benennung des/der Nachunternehmer sowie zum Nachweis der tatsächlichen Zugriffsmöglichkeit auffordern und ihm/ihr hierfür eine Frist setzen.

Wird/werden der/die Nachunternehmer dann von dem betreffenden Bieter nicht oder nicht fristgemäß benannt und/oder der Nachweis der tatsächlichen Zugriffsmöglichkeit nicht erbracht, wird der betreffende Bieter aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen.

11. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen in Bezug auf die Vergabe sind unzulässig und führen zum Angebotsausschluss (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).

Es gilt das Gebot des Geheimwettbewerbs. Verbundene Unternehmen werden gebeten, insbesondere den Beschluss des OLG Düsseldorf vom 13. April 2011, VII-Verg 4/11 sowie den Beschluss des OLG Düsseldorf vom 11. Mai 2011, VII-Verg 1/11 zu beachten. Es wird generell auf die Rechtsprechung der Vergabenachprüfungsinstanzen zum Gebot des Geheimwettbewerbs verwiesen (zusammengefasst etwa durch das LSG Essen mit Beschluss vom 10. März 2010 – L 21 SF 41/10 Verg – m. w. N.).

12. Öffnung der Teilnahmeanträge

Die Öffnung der Teilnahmeanträge findet nach Ablauf der Teilnahmefrist unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Eine Teilnahme der Bewerber bei der Öffnung ist nicht zugelassen, vgl. § 55 Abs. 2 Satz 2 VgV.

13. Mitteilung über nicht berücksichtigte Angebote und Aufhebung

13.1 Die Auftraggeberin informiert die nach dem Teilnahmewettbewerb erfolglosen Bewerber, deren Anträge nicht berücksichtigt werden können, unmittelbar nach Abschluss der Bewertung der

Anträge über die Vergabeplattform. Dabei werden den nicht berücksichtigten Bewerbern die Gründe für die Nichtberücksichtigung ihres Teilnahmeantrags mitgeteilt.

13.2 Eine etwaige Aufhebung des Vergabeverfahrens (ganz oder teilweise) gemäß § 63 VgV wird den Bietern ebenfalls über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform mitgeteilt.

14. Zuständige Vergabekammer

Das Verfahren zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen das Vergabeverfahren richtet sich nach den Vorschriften der §§ 160 ff. GWB. Die Vergabekammer prüft ihre Zuständigkeit und die Zulässigkeit des Nachprüfungsverfahrens von Amts wegen. Für die Nachprüfung dieses Vergabeverfahrens ist zuständig:

Bundeskartellamt, Vergabekammer des Bundes
Kaiser-Friedrich-Straße 16
53113 Bonn
Deutschland (DE)

15. Hinweise zur Akteneinsicht im Nachprüfungsverfahren

Bei der Durchführung eines Nachprüfungsverfahrens gem. §§ 155 ff. GWB haben alle Verfahrensbeteiligten grundsätzlich ein Akteneinsichtsrecht. Jeder Bewerber/Bieter hat daher mit der konkreten Möglichkeit zu rechnen, dass sein Teilnahmeantrag bzw. sein Angebot mit allen wesentlichen Bestandteilen, soweit er/es sich in den Vergabeakten der Auftraggeberin befindet, von den Verfahrensbeteiligten bei der Vergabekammer eingesehen werden kann. Die Auftraggeberin ist bei Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens verpflichtet, die Vergabeakten sofort der Vergabekammer zur Verfügung zu stellen (§ 163 Abs. 2 Satz 4 GWB). Es liegt somit im eigenen Interesse eines jeden Bewerbers/Bieters, schon im Teilnahmeantrag bzw. Angebot auf wichtige Gründe, die nach § 165 Abs. 2 GWB die Vergabekammer veranlassen können, die Einsicht in die Akten zu versagen, insbesondere auf Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse hinzuweisen (vgl. dazu Nummer 7. des Teilnahmeantrags) und entsprechende geheimhaltungsbedürftige Passagen ggf. in den Teilnahme- bzw. Angebotsunterlagen kenntlich zu machen.

IV. Eignungsanforderungen und Eignungsnachweise

1. Allgemeines

Der Bewerber hat im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs innerhalb der Teilnahmefrist gemäß § 122 GWB seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Eignung) durch Vorlage der in der Auftragsbekanntmachung (dort Abschnitt III.1.) geforderten Unterlagen nachzuweisen.

2. Innerhalb der Teilnahmefrist einzureichende Eignungsnachweise

Jeder Bewerber / Bieter hat die nachfolgend genannten Eignungsnachweise innerhalb der Frist für die Einreichung des Teilnahmeantrags vorzulegen. Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass ein interessiertes Unternehmen gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann, wenn es in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.

a) Erklärungen des Bewerbers zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Innerhalb der Teilnahmefrist sind u.a. als vorläufiger Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen Eigenerklärungen vorzulegen. Dies sind insbesondere die Teile 1-7 der **Eigenerklärung Gesamt**.

b) Handelsregistrauszug

Vorzulegen ist ein einfacher **Auszug aus dem Handelsregister** (Ausstellungsdatum nicht vor dem 28.02.2026); ausländische Bewerber haben einen entsprechenden Ausdruck/Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem sie ansässig sind, vorzulegen. Die Angaben des erbetenen Auszuges dienen der Auftraggeberin insbesondere zur verpflichtenden Abfrage im Wettbewerbsregister (§ 6 Abs. 1 WRegG).

c) Betriebshaftpflichtversicherung

Die Auftraggeberin fordert im Auftragsfall eine **Betriebshaftpflichtversicherung** mit jeweils folgenden Deckungssummen im Fall von Personen-, Sach- und Vermögensschäden. Die Höhe darf für Personenschäden eine Mindestdeckungssumme von 1,00 Mio. EUR je Schadensereignis, für Sachschäden mindestens 1,00 Mio. EUR je Schadensereignis sowie für daraus resultierende Vermögensschäden - inklusive bei Verletzung von Datenschutzbestimmungen - 2,50 Mio. EUR je Schadensereignis nicht unterschreiten. Auf Teil 7 der „Eigenerklärung Gesamt“ wird verwiesen.

d) Referenzen:

Es sind **mindestens zwei unterschiedliche Referenzkunden** in den vergangenen drei Jahren (2023-2025) anzugeben, für die der Bewerber Leistungen erbracht hat, die nach Art, Umfang und Schwierigkeitsgrad der erbrachten Leistungen mit dem vorliegenden Auftrag vergleichbar sind. Die Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Referenzkunden muss im Referenzzeitraum 2023-2025 mindestens 1 Jahr bestanden haben.

Der Fokus hat dabei auf folgenden erbrachten Leistungen zu liegen:

- Konzeption einer Internetseite
- Programmierung einer Internetseite
- SEO (technisch und redaktionell)
- SEA (Kampagne aufsetzen und distribuieren)
- Konzept und Erstellung von KI für Internetseiten
- Betrieb und Support von Internetseite.

(Mindestanforderung) Auf die Anlage TN 1 „Fragenkatalog Eignung, Nr. 2a“ wird verwiesen.

Des Weiteren sind **3 verschiedene Referenzprojekte** darzustellen, welche innerhalb der letzten 3 Jahre (2023-2025) stattfanden. **Alle drei Referenzen gelten als Mindestanforderung.** Diese dienen der Auftraggeberin als Nachweis, dass der ausgeschriebene Auftrag in Umfang und Anspruch von Ihnen realisiert werden kann.

Die Referenzen müssen folgende Inhalte haben:

Referenz 1: Konzeption und Umsetzung einer Internetseite inkl. SEM-Maßnahmen

Referenz 2: Eine SEA-Kampagne

Referenz 3: Konzeption oder Einführung einer KI in einer Internetseite einer Krankenversicherung

(Mindestanforderung).

Auf die Anlage TNE 1 „Eigenerklärung Referenzen“ wird verwiesen.

e) Leistungsfähigkeit/Qualifikation

Als **Mindestanforderungen** fordert die Auftraggeberin weiterhin, dass der Bewerber über **mindestens 15 Mitarbeiter** (freie oder festangestellte) **mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung in komplexen Enterprise-Umgebungen** verfügt. Für die zu erbringende Leistung ist ein Team mit folgenden Mindestkompetenzen auf Senior-Level bereitzustellen: UX Consultant, UI Designer, Architekt/Lead Developer, NEOS-Developer, PHP/Symfony Developer, Frontend Developer (React), Operations (DevOps/SysAdmin) und Projekt Management.

Zusätzlich bedarf es mindestens **drei Mitarbeiter**, die nachweislich (Nachweis von Projekten muss auf Anfrage vorgelegt werden) mit der Einführung von **kommunikations- und gesundheitsspezifischer KI vertraut** sind.

Auf die Anlage TN 1 „Fragenkatalog Eignung, Nr. 5“ wird verwiesen.

Folgen bei Nichtvorlage der geforderten Eignungsnachweise

Jeder geforderte, aber nicht oder nicht fristgerecht erbrachte Nachweis kann – je nach Stand des Verfahrens – zum Ausschluss des Teilnahmeantrags oder des Angebots des betroffenen Bewerbers/Bieters führen. Es wird auf § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV verwiesen.

Ob und inwieweit die Auftraggeberin von der Möglichkeit zur Nachforderung nach § 56 Abs. 2, 3 VgV Gebrauch machen wird, wird nach Ablauf der Teilnahmefrist entschieden werden. Ein Anspruch auf Einräumung einer Nachreichungsmöglichkeit besteht nicht.

V. Auswahl der Bewerber

1. Prüfung und Bewertung der Teilnahmeanträge

Die Prüfung und Bewertung der Teilnahmeanträge erfolgt in den folgenden Schritten:

Schritt 1: Prüfung der Teilnahmeanträge auf Einhaltung der formalen Anforderungen.

Schritt 2: Prüfung der Teilnahmeanträge hinsichtlich der Ausschlusskriterien.

Schritt 3: Prüfung der Teilnahmeanträge auf Nachweis der geforderten Mindest- und Eignungskriterien.

Sofern nach Durchführung der Schritte 1 bis 3 feststeht, dass mehr als 3 Bewerber, die nicht aufgrund des Vorliegens von Ausschlusskriterien vom Vergabeverfahren auszuschließen sind, formal ordnungsgemäße Teilnahmeanträge abgegeben haben und über die geforderte Eignung verfügen, wird die Auswahl der zur Abgabe eines Erstangebotes aufzufordernden 3 Bewerber (Höchstzahl) anhand der nachfolgend beschriebenen Schritte 4 und 5 erfolgen:

Schritt 4: Bewertung der angegebenen Referenzprojekte und die Bewertung der Angaben im Fragenkatalog Eignung

Die Auftraggeberin wird die zur Abgabe eines Erstangebotes aufzufordernden 3 Bewerber anhand der erzielten Ergebnisse auswählen, die sich nach der Bewertung der Kriterien der **Anlagen TN 1 und TNE 1** ergeben.

Schritt 5: Bildung einer Rangfolge unter den Bewerbern anhand der erzielten Gesamtpunktzahl. Die durch Schritt 4 erzielten Ergebnisse drücken sich jeweils in einer Gesamtpunktzahl aus. Die Auftraggeberin wird eine Rangfolge unter den Bewerbern anhand der erzielten Gesamtpunktzahl bilden. Der Bewerber mit der höchsten Gesamtpunktzahl führt die Rangfolge an.

Zur Angebotsabgabe werden, eine ausreichende Anzahl geeigneter Bewerber vorausgesetzt, maximal 3 Bewerber aufgefordert, die die höchsten Gesamtpunktzahlen haben.

Bei einer identischen Punktzahl entscheidet das Losverfahren. Hierzu werden die Namen der Bieter jeweils auf ein separates Blatt geschrieben und in einen Briefumschlag eingelegt. Die Briefumschläge sind genau identisch. Sodann wird ein bislang mit dem Verfahren nicht betrauter Mitarbeiter der Auftraggeberin einen Briefumschlag ziehen. Vorrang findet derjenige Bieter, dessen Name auf dem in den Briefumschlag eingelegten Blatt steht.

2. Weiteres Verfahren nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbes

Die Auftraggeberin wird die nach Maßgabe des vorstehenden Abschnittes V.1. ausgewählten Bewerber (max. 3) zur Abgabe eines Erstangebots auffordern, über das anschließend verhandelt wird. Im Rahmen der Angebotsaufforderung werden weitere Vergabeunterlagen übersandt und die Vergabestelle teilt die Zuschlagskriterien mit, nach denen die verbindlichen Angebote bewertet werden.

Nach Vorliegen der Erstangebote wird die Auftraggeberin die Bieter zu Verhandlungsgesprächen einladen. Diese finden voraussichtlich in der **34. Kalenderwoche 2026** statt.

Die Auftraggeberin geht derzeit für das Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb von dem nachfolgend dargestellten Ablauf aus. Eine Änderung der nachfolgend genannten Termine bleibt vorbehalten.

Zeitlicher Ablauf des Verhandlungsverfahrens	
Datum	Verfahrensschritt
29.06.2026 (10:00 Uhr)	Ende der Teilnahmefrist
10.07.2026 (spätestens)	Aufforderung zur Abgabe von Erstangeboten verbunden mit der Einladung der Bieter zu Verhandlungsgesprächen und Bieterpräsentationen in der 34. KW 2026
11.08.2026 (10:00 Uhr)	Ende der Erstangebotsfrist
34. KW 2026	Verhandlungsgespräche und Bieterpräsentationen
18.09. 2026	Abgabe der finalen Angebote mit nachfolgender Auswertung der finalen Angebote
Bis 25.09.2026 (spätestens)	Vorinformation gem. § 134 GWB
41. KW 2026	Zuschlagserteilung nach Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 Satz 2 GWB
31.12.2026	Bindefrist der verbindlichen Angebote
01.01.2027	Vertragsbeginn